

Ohne Drohkulisse läuft nichts



Ein Gespräch mit Martin Reichert und Pit Katzer über die Verhandlungserfolge der Volksinitiative ‚Gute Inklusion‘ mit dem Senat

hlz: *Zunächst einmal Glückwunsch zu eurem, wie ich finde, ja insgesamt grandiosen Erfolg! Was sagt ihr denn denen, die immer behaupten, es lohne sich doch überhaupt nicht zu kämpfen, weil die da oben ohnehin das machen, was sie wollen?*

Martin Reichert: Ja, das Beispiel zeigt das Gegenteil. Voraussetzung ist sicherlich, dass man eine gute Truppe hat und gut vorbereitet ist. Und man muss sich mit der Sache gut auskennen, um in der Auseinandersetzung oder in Verhandlungen bestehen zu können. Insgesamt kann man den Kolleg_innen nur sagen: „Bewegt euch!“ Es lohnt sich, auch an solchen Punkten, wo jahrelang nichts passiert ist, sich zu engagieren.

Pit Katzer: Es hat sicherlich auch zu tun mit der Spezifik

von Volksinitiativen und deren Verfasstheit. Sonst würde man sich wundern, wieso es möglich war, mit 25.000 Unterschriften dieses Ergebnis zu erreichen, wenn man demgegenüber einen jahrelangen Kampf für etwas führt, bei dem man ja nicht selten leer ausgeht. Der Kern ist, dass man mit einer Volksinitiative sich in einer Art vorgezogenem Wahlkampf befindet. Dies setzt natürlich voraus, dass die Initiative stark ist, das heißt, viele Unterschriften in kurzer Zeit zusammenkommen und so viele unterstützende Organisationen hat, wie das bei uns der Fall war. Das schafft Druck bei unserem Gegenüber. Sie mussten nämlich davon ausgehen, dass wir auch letztendlich im Volksentscheid erfolgreich sein würden. Und der wäre parallel zu den nächsten Bürgerschaftswahlen durchgeführt worden. Dies hätte bedeu-

tet, dass Rot-Grün ihre eigene Klientel, die unsere Forderung unterstützt, im Wahlkampf düpiert hätte. Dieses Druckpotenzial erklärt, dass so weitgehende Zugeständnisse gemacht worden sind.

Martin Reichert: Dann kommt hinzu, dass natürlich das Problem in den Schulen virulent war, dass es massive Probleme insbesondere im Bereich des Lernens im Zusammenhang mit der sozialen Entwicklung vieler Kinder – kurz LSE – gibt. Das ließ sich nicht länger ignorieren. Und ich denke, ohne überheblich klingen zu wollen: wir konnten mit unseren aus der Praxis gewonnenen Erkenntnissen sie sachlich und fachlich wenn schon nicht überzeugen, so aber doch in Erklärungsnot bringen.

hlz: *Aber es wird doch immer*

2011
SPD-Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl



»Wir versprechen nur, was wir auch halten können.« (S.2)

»Behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche sollen zukünftig selbstverständlich zusammen lernen können.

Dazu sollen nach dem Vorbild der seit Jahren erfolgreichen Integrationsklassen und integrativen Regelklassen weitere Angebote geschaffen werden.« (S.27)

2012
Beschluss der allein regierenden SPD in der Bürgerschaft



... so gebrochen.

I- und IR-Klassen werden abgeschafft. Die Personalzuweisung wird für behinderte Kinder um ein Drittel gegenüber I-Klassen und bei LSE um 50% gegenüber IR-Klassen gekürzt.

(Bürgerschaftsdrucksache - 20/3641, S.23)



Wie versprochen...

Große Töne im Wahlkampf

wieder von den hiesigen Politiker_innen gesagt, Hamburg stehe in Sachen Inklusion in der Bundesrepublik am besten da. Rabe hat im letzten Jahr doch noch davon gesprochen, das Ganze sei eine nicht nachvollziehbare Forderung.

Pit Katzer: Seine Ablehnung war besonders ausgeprägt in Bezug auf unsere Forderung nach mehr Doppelbesetzungen für den gemeinsamen Unterricht für Schüler_innen mit einer Behinderung, weil für ihn da kein großer politischer Druck ist im Unterschied zum Bereich LSE, der die öffentliche Debatte über Inklusion prägt. Wir haben deshalb in den Verhandlungen von Anfang an klar gemacht: Egal, was für die andere Seite Priorität hat: In der UN-Konvention geht es primär um die Rechte der Kinder mit Behinderungen und diese Rechte werden in gleichem Maße vertreten wie die der Schüler_innen mit LSE. Letztlich haben wir uns mit dieser Position in den Verhandlungen durchgesetzt.

hlz: Wann kam der Durchbruch?

Pit Katzer: Der Durchbruch kam, als wir irgendwann gesagt haben: Wir verhandeln nicht weiter, wenn das Ganze nicht an eine ganz bestimmten ‚Währung‘ gekoppelt wird, da ihre Vorstellungen immer nur blumig waren und es unklar war, was da konkret an Wochenarbeitszeiteinheiten von Lehrer_innen – wir reden dann ja immer von ‚WAZen‘ – hinter steckt. Ab da begann es eigentlich erst interessant zu werden.

Martin Reichert: Es war zäh. Am Anfang haben sie sich direkt geweigert, um Stellen oder Geld zu verhandeln. Wir sind zunächst darauf eingegangen und haben gesagt: „Dann reden wir eben über Qualität“. Da hatten wir

natürlich mehr Erfahrung als sie. Sie mussten sich dann immer mit dem Senator kurz schließen.

Pit Katzer: Und wir haben immer deutlich gemacht, dass wir es nicht scheuen würden, den nächsten Schritt, also den Volksentscheid, einzuleiten, wenn es



Foto: hlz

Pit Katzer: Wir haben von Anfang an klar gemacht: Egal, was für die andere Seite Priorität hat: In der UN-Konvention geht es primär um die Rechte der Kinder mit Behinderungen und diese Rechte werden in gleichem Maße vertreten wie die der Schüler_innen mit LSE.

keine substanziellen Verbesserungen geben sollte.

hlz: Also die Drohkulisse war schon wichtig?

Pit Katzer: Ja, absolut.

hlz: Die Zahlen sprechen ja nun für sich und trotzdem: Werden die Kolleg_innen das direkt spüren?

Martin Reichert: Stück für Stück. Ich glaube, dass es zunächst im Bereich Schüler_innen mit Behinderung noch keine permanente Doppelbesetzung geben wird – aber wir nähern uns diesem Ziel.

Pit Katzer: Bis annähernd der Standard der früheren Integrationsklassen erreicht wird, wird es in den Grundschulen vier Jahre und in den Stadtteilschulen sechs Jahre dauern, weil das Mehr an Personal, ins-

besondere an Lehrer_innen, beginnend mit den Klassenstufen VSK, 1, 5, 11 ab 2018 pro Jahr jeweils eine Klassenstufe weiter hochwächst. Insofern ist es im nächsten Schuljahr pro Schule gesehen kein Quantensprung. Die einzigen Bereiche, bei denen es im nächsten Schuljahr auf ei-

nen Schlag zur Verbesserung für alle Jahrgänge kommen wird, sind die Therapie und Pflege für Schüler_innen mit einer Behinderung. Hier konnten wir fachlich überzeugend darstellen, dass der Therapie- und Pflegebereich an den einzelnen Schulen personell nur aufgebaut werden kann, wenn das entsprechende Personal vollständig zu Beginn des nächsten Schuljahres eingestellt wird.

hlz: Die zweite Säule, neben der personellen, auf die ihr gesetzt habt, ist ja die bauliche Kapazität. Ihr sprecht von 8 Quadratmeter pro Schüler_in mit einer Behinderung. Muss man sich das so vorstellen, dass, wenn drei in der Klasse sind, dann gibt es einen weiteren Raum mit 24 Quadratmetern?

Martin Reichert: Das wäre eine Möglichkeit. Eingeschränkt ist es nur insofern, dass es erst

für Schulen ab zehn Schüler_innen mit Behinderung gilt. Und die Klausel, dass das Musterflächenprogramm daraufhin geändert werden muss, bedeutet, dass ein durchsetzbarer Anspruch immer nur dann entsteht, wenn Neu- oder Erweiterungsbauten anstehen.

Pit Katzer: Also nicht nur der Anspruch besteht, sondern dieses Mehr an Fläche muss dann berücksichtigt werden.

Martin Reichert: Dies gilt auch bei Grundsanierung, auch wenn dies im Detail komplizierter zu sein scheint. Dabei wird es wahrscheinlich zu Auseinandersetzungen kommen bzw. zur Ablehnung von Anträgen. Das ist einer der Gründe, weshalb wir eine Nachfolgeinitiative quasi als Wächter über die Realisierung der getroffenen Vereinbarungen gegründet haben. Die Hälfte der Aktiven aus der Volksinitiative macht da weiter. Und das ist gut so! Wir brauchen Viele, um auch Beratung an den Schulen anbieten zu können, konkret: die Kolleg_innen oder auch Eltern dabei zu unterstützen, Widersprüche

da auch als Gruppe, die gut vernetzt ist, Druck ausüben können, weil eine Nicht-Einhaltung dieser Abmachungen ein Politikum darstellt. Dies gilt zumindest bis zur Bürgerschaftswahl. Dann käme unweigerlich noch einmal zur Sprache, dass die Volksinitiative eigentlich nur notwendig gewesen ist, weil Olaf Scholz sein Versprechen von 2011/2012 – es soll im Bereich der Inklusion keine Verschlechterung geben – gebrochen hat.

hlz: Die Überwachung des Ganzen ist das eine, aber wie ist es mit der Verteilung der Ressourcen? Kurz gefasst: Gießkanne oder Cluster?

Pit Katzer: Die Zuweisungsschlüssel legen das eindeutig fest: Pro Schüler_in kriegt die Schule die vereinbarte Ressource. Das bedeutet: Bei drei Schüler_innen mit einer Behinderung in einer Klasse ist eine durchgängige Doppelbesetzung möglich. Dies war für uns ein rechnerischer Ausgangspunkt für die Verhandlung, weil wir uns an der Personalausstattung früherer I-Klassen orientiert haben. Es

Therapie geben. Therapie- und Pflegekräfte erhalten nur die Schulen, die mindestens fünf Schüler_innen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung haben. Es könnte sein, dass Schulen, die ab nächstem Schuljahr Pflege und Therapie anbieten können, stärker angewählt werden als die Nachbarschwerpunktschule. Zukünftig wird es ca. dreißig Schulen mit Therapie- und Pflegepersonal geben. Dann wird es auch für eine Schule mit nur drei Schüler_innen mit Therapie- und Pflegebedarf möglich sein, durch Teilabordnung von einer dieser dreißig Schulen auch Therapie und Pflege anzubieten, allerdings bei Abgabe einer entsprechenden Ressource an die Nachbarschule.

hlz: Noch läuft das gesamte System der Beschulung von Kindern mit Förderbedarf ja zweigleisig. Was passiert, wenn zum Beispiel die Zahl der Schüler_innen an den ReBBz (Regionale Bildungs- und Beratungszentren) im LSE-Bereich sinkt? Erhöht sich dann in der Tendenz die Zuweisung an den Regelschulen?



Martin Reichert: Die Volksinitiative ist eigentlich nur notwendig gewesen ist, weil Olaf Scholz sein Versprechen von 2011/2012 – es soll im Bereich der Inklusion keine Verschlechterung geben – gebrochen hat.

einzulegen, wenn sie Anträge gestellt haben, die abgelehnt werden usw. Wir glauben, dass wir

könnte einen kleinen Effekt - wie du sagst in Richtung Clusterbildung – im Bereich Pflege- und

Pit Katzer: Ja, das ist ein neues positives Element. In Zukunft wird in der Personalausweisung davon ausgegangen, dass 6 Prozent aller Grundschul Kinder und 8,1 Prozent aller Schüler_innen in den Jahrgängen 5-10 einen Förderbedarf LSE haben. Die Schüler_innenzahl an den ReBBz sinkt seit mehreren Jahren. Wenn diese Tendenz anhält, wovon wir ausgehen, erhöht sich der LSE-Prozentsatz in den allgemeinen Schulen. In diesem Schuljahr ergäbe das 5,1 Prozent für die Grundschulen (statt bisher 4 Prozent) und 6,4 Prozent für die weiterführenden Schulen.

hlz: War die Zuweisung in der Vergangenheit nicht gedeckelt?

Pit Katzer: Auch da haben wir

eine weitere strukturelle Verbesserung im LSE-Bereich durchgesetzt. In den Jahrgängen 5-10 war die Personalzuweisung für LSE mit 85 Lehrer_innenstellen pro Jahrgang – wie du sagst – gedeckelt, also unabhängig von der Schüle_innenzahl. Zukünftig wird die neue Prozentfestsetzung dazu führen, dass mit den zu erwartenden allgemein wachsen-

jahrgang mit einem OVG-Urteil zu Ungunsten der Behörde. Daraufhin hat sie mit einer anderen Restriktion reagiert: Statt bisher vier können nun nur noch jeweils zwei Schüler_innen mit einer Behinderung in Schwerpunktschulen aufgenommen werden. M. a. W.: durch diese Verordnung wurde das Elternwahlrecht massiv eingeschränkt.

Besonderheit, die eigentlich auf alle Bereiche der täglichen Lebenspraxis Auswirkungen hat und gerade in der Schule einen ganz besonders hohen Betreuungsaufwand erfordert.

hlz: Wir haben bislang nur über die Grund- und Mittelstufe gesprochen. Ist von dem Ganzen nicht auch die Oberstufe berührt?

Pit Katzer: Ja, natürlich und es gibt dort die unsägliche Praxis, dass dort willkürlich gekürzt wurde, obwohl es seit diesem Jahr schon einen Haushaltsabschluss der Bürgerschaft gibt, dass die Inklusion in der Oberstufe fortgesetzt wird. Das sind Kürzungen nach Gutsherrenart! Wir bieten uns in solchen Fällen an, Eltern bei Widersprüchen zu unterstützen und wir denken perspektivisch darüber nach, ob wir einen Rechtsfonds zusammenkriegen, um Eltern dann auch finanziell unterstützen zu können, um ggf. auf dem Klageweg so was durchzusetzen.

hlz: Wenn der Fokus der Gespräche in weiten Teilen auf die Qualität der Inklusion ausgerichtet war, inwieweit wurde dann über Fort- und Weiterbildung gesprochen?

Pit Katzer: Eine Forderung des Inklusionsbündnisses ist ja, ein Netzwerk mit Hilfe des LIS aufzubauen. Wir haben da ganz konkrete Forderungen im Umfang von 14 Stellen in die Verhandlungen eingebracht, wurden damit aber abgeschmettert.

hlz: Mal abgesehen von diesen Wehrmüstopfen, habt ihr den Eindruck, dass eine weitere Gesprächsbereitschaft besteht?

Pit Katzer: Mmh, nach Durchsetzung eines Teils unserer Forderungen ist wohl eher damit zu rechnen, dass sie jetzt erst recht behaupten, dass nun aber

Foto: Volksinitiative



Sie werden weiterhin gebraucht, um zu überwachen, dass die getroffenen Vereinbarungen umgesetzt werden. Auch die Gegenseite sollte sich warm anziehen

den Schüler_innenzahlen auch die Personalzuweisung für LSE in gleichem Maße größer wird. Das ist auch ein Erfolg für die längerfristige Perspektive.

hlz: Ohne euren Verhandlungserfolg klein reden zu wollen: Was ist, gemessen an den ursprünglichen Forderungen, auf der Strecke geblieben?

Pit Katzer: Vieles! Nehmen wir mal das Thema Schulbegleitung – ein brennendes Problem an vielen Schulen. Da müssen jetzt dringend Konzepte entwickelt werden. Dasselbe gilt für das Elternwahlrecht von Schüler_innen mit Behinderung, das in den letzten Jahren extrem eingeschränkt worden ist, dass nämlich nur noch die nächstgelegene Schwerpunktschule angewählt werden darf. Von Wahlrecht kann also keine Rede mehr sein. Diesbezüglich gab es jetzt eine Klage aus dem letzten Anmelde-

hlz: Dies trifft die Verteilungsfrage, wie aber steht es um die Kernforderung ausreichender personeller Ressourcen?

Pit Katzer: An der Gewährung der vollen Ressource, insbesondere für Schüler_innen mit Autismus, haben wir uns die Zähne ausgebissen. Dort gibt es eine unsägliche Praxis in der BSB, dass sie bei einem Teil der Schüler_innen mit diagnostiziertem sonderpädagogischen Förderbedarf Autismus sagen, der Förderschwerpunkt liege ‚lediglich‘ bei der emotionalen sozialen Entwicklung und deswegen könne auch nur diese LSE-Ressource in Anrechnung gebracht werden. Für die Grundschule heißt dies, dass in einem solchen Fall keinerlei zusätzlicher Personalbedarf ausgelöst wird! Dies widerspricht allen wissenschaftlichen Erkenntnissen über Autismus als eine neuronale

auch mal Schluss sein muss mit weiteren Zugeständnissen. Das sehen wir anders und wir werden weiter am Ball bleiben.

hlz: Den Eindruck vermittelt ihr. Nicht zuletzt, weil ihr dem Teufel im Detail auf die Schliche kommt. Beste Voraussetzung, nicht nur die Auseinanderset-

zung weiter zu führen, sondern auch, um den Prozess der Umsetzung zu überwachen...

Martin Reichert: ...zu begleiten.

Pit Katzer: Sagen wir: kontrollierende Begleitung.

hlz: Dabei wünsche ich euch auf jeden Fall den gleichen Erfolg, wie ihr ihn bei der Durchsetzung der übrigen Forderungen gehabt habt.

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS

INKLUSION 2

Ein zähes Ringen



Am 15.12.17 wurde nach dreißig Stunden Verhandlung eine Einigung zwischen der Volksinitiative ‚Gute Inklusion‘ und den Regierungsfractionen SPD/Grüne erzielt, deren Ergebnis am 20.12.17 in der Bürgerschaft verabschiedet wurde

Die GEW hat die Volksinitiative von Beginn an maßgeblich personell, logistisch und finanziell unterstützt und sieht die nun erreichte Einigung auch als Erfolg ihrer Arbeit. Das Ende 2014 von der GEW mit gegründete *Hamburger Bündnis für schulische Inklusion* hatte schon im Bürgerschaftswahlkampf 2015 mit seiner intensiven Öffentlichkeitsarbeit, einer Demonstration und einer großen Podiumsdis-

kussion die Forderung nach mehr pädagogischem Personal in der Inklusion zu einem zentralen Wahlkampfthema gemacht. Herausgekommen ist dabei, dass in der Koalitionsvereinbarung von Rot/Grün zusätzlich 120 Lehrer_innenstellen für die Inklusion vorgesehen wurden. Dies war ein wichtiger Teilerfolg auf dem Weg zu einer besseren Ausstattung der schulischen Inklusion.

Die Entwicklung und Umset-

zung der Inklusion ist eine der bedeutsamsten bildungspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Die qualitative Entwicklung einer inklusiven Unterrichts- und Schulkultur ist aber auch auf eine ausreichende personelle und räumliche Ausstattung angewiesen. Die GEW Hamburg kritisiert seit 2009 die finanzielle Unterfinanzierung der schulischen Inklusion, verbunden mit der Forderung nach zusätzlichen



Deutscher Gewerkschaftsbund Bergedorf



Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.



Eine Schule für alle



dlh - Lehrgewerkschaften Hamburg



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



Fachschaftsrat Lehramt Universität Hamburg



GANZTAGSSCHULVERBAND e.V. Landesverband Hamburg



Verband Hamburger Schulleitungen



Grundsicherheitsrat Landesgruppe Hamburg



ver.di Fachgruppe Schulen



Kontakt- und Informationszentrum Down-Syndrom



Elternverein Hamburg e.V.



ElbschulEltern für hörbehinderte Schüler in Hamburg



SchülerInnenkammer Hamburg



Verband Integration an Hamburger Schulen e.V.



Gemeinschaft der Elternräte an Stadteilschulen in Hamburg



Kinderwelt Hamburg e.V.



Vereinigung der SchulleiterInnen der Stadteilschulen in Hamburg



Lehrerkammer Hamburg



Vereinigung der Leitung der Hamburger Gymnasien und Studienseminare



Unsere Unterstützer_innen



Wir danken allen Unterstützer_innen, die die Verbesserungen erkämpft und erarbeitet haben